

**„ANTISEMITISCHE
EINSTELLUNGEN SIND
IN UNTERSCHIEDLICHEN
GESELLSCHAFTLICHEN
MILIEUS ZU
VERORTEN. DIE
AUSEINANDERSETZUNG
MUSS AUCH
INNERHALB ZIVIL-
GESELLSCHAFTLICHER
STRUKTUREN GEFÜHRT
WERDEN.“**



ROBERT FRIEDRICH & CHRISTOPH LAMMERT

Antisemitismus in Thüringen aus Perspektive der mobilen Beratungsprojekte – vom Monitoring zur Fallanalyse

Robert Friedrich (ezra) & Christoph Lammert (MOBIT)

Der vorliegende Beitrag gibt auf Grundlage der Monitorings der Beratungsstellen ezra und MOBIT und den jeweiligen Erfahrungen aus der Beratungspraxis einen Überblick über aktuelle Erscheinungsformen des Antisemitismus in Thüringen. Anhand eines Fallbeispiels werden Schwierigkeiten in der konkreten Auseinandersetzung mit antisemitischen Vorfällen aus Perspektive eines Betroffenen geschildert. Zugleich zeigen sich bei der Fallanalyse die weitreichenden Folgen für Betroffene, wenn Unterstützung aus der eigenen Institution ausbleibt.

Empfohlene Zitierung:

Robert, Friedrich/Lammert Christoph (2020): Antisemitismus in Thüringen aus Perspektive der mobilen Beratungsprojekte – vom Monitoring zur Fallanalyse. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft [Hrsg.]: Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Antisemitismus, Band 8. Jena, S. 144–155.

Schlagwörter:

Antisemitismus, Antisemitische Vorfälle, Beratungsstellen, Betroffenenperspektive, Fallanalyse

Einleitung

Im Jahr 2020 jährte sich der Brandanschlag auf die Neue Erfurter Synagoge zum 20. Mal: Am 20. April 2000 versuchten drei Neonazis, das Gebäude mit Molotowcocktails in Brand zu setzen. In einem Bekennerschreiben erklärten die Täter: „Dieser Anschlag basiert auf einer rein antisemitischen Ebene“ (zit. nach Geisler 2000). Im Rahmen der Gedenkveranstaltung, die ezra und MOBIT in Kooperation mit der Jüdischen Landesgemeinde am 20. Jahrestag des Anschlages durchführten, erklärte der Vorsitzende der Gemeinde Reinhard Schramm: „Thüringen hat viel gegen Antisemitismus getan und hat viel erreicht – dennoch hat der Antisemitismus zugenommen“ (Schramm 2020). Diese besorgniserregende Analyse ist Anlass, einen ausführlicheren Blick auf das Thema Antisemitismus aus Perspektive der Beratungsstellen zu werfen.

Neben der Beratung gehört die Dokumentation und Analyse extrem rechter Vorfälle und Übergriffe zu den Aufgabenfeldern von ezra und MOBIT. Diese zivilgesellschaftlichen Zählungen sollen insbesondere Vorfälle öffentlich sichtbar machen, die in behördlichen Zählungen nicht auftauchen, weil sie beispielsweise unterhalb der Strafbarkeitsgrenze liegen, weil sie von Betroffenen nicht zur Anzeige gebracht werden und/oder weil die politische Tatmotivation nicht gewürdigt wird.¹

Auf Grundlage der jeweiligen Monitorings und Beratungserfahrungen soll dieser Beitrag verschiedene Erscheinungsformen des Antisemitismus in Thüringen skizzieren und analysieren. Anhand einer Fallanalyse von ezra soll die Perspektive von Betroffenen, die häufig in der Mehrheitsgesellschaft nicht wahrgenommen wird, mit in den Text einfließen.

Aktualität des Antisemitismus in Thüringen

In der polizeilichen Erfassung lagen die antisemitischen Straftaten in Thüringen im Jahr 2019 auf dem höchsten Niveau seit 2001. Von den im gesamten Zeitraum erfassten knapp 1.000 Straftaten wurden allein 93 im Jahr 2019 gezählt (Junker/Kendzia 2020).

Auch die Ergebnisse des Thüringen-Monitors zeigen einen deutlichen Anstieg der Zustimmung zu antisemitischen Äußerungen innerhalb der Thüringer Bevölkerung. 2019 erreichten die Zustimmungswerte in der Langzeitstudie den Höchstwert seit Beginn der Erhebung: 16% (2018: 9%) der Befragten stimmten der Aussage zu „Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns“ (Reiser et al.

Die Ergebnisse des Thüringen-Monitors zeigen einen deutlichen Anstieg der Zustimmung zu antisemitischen Äußerungen innerhalb der Thüringer Bevölkerung. 2019 erreichten die Zustimmungswerte den Höchstwert seit Beginn der Erhebung.

¹ Vgl. die Diskussion um die Einordnung der Parole „Juden Jena“ im Fußballkontext, die laut Aussage des Innenministeriums nicht als antisemitisch eingestuft wird (Thüringer Landtag 2018: 4).

2019). Noch deutlicher fiel die Zustimmung zu der Aussage „Juden versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit die Opfer gewesen sind“² aus: 27 % der Befragten stimmten hier 2019 zu. Die Werte bei israelbezogenem Antisemitismus liegen seit Jahren auf noch deutlich höherem Niveau (2019: 32 %). Diese Tendenz folgt einem bundesweiten Trend. Auch in Befragungen anderer Bundesländer zeigt sich immer wieder, dass die Zustimmung zu offen antisemitischen Aussagen geringer ausfällt als zu vermeintlich subtileren Aussagen (Feldmann/Steinitz 2019: 14ff.). Es wird davon ausgegangen, dass die *soziale Erwünschtheit* beim Antwortverhalten eine Rolle spielt, da Antisemitismus in der deutschen Post-Shoah-Gesellschaft als tabuisiert gilt (Reiser et al. 2019: 53). Hinzu kommt: Insbesondere israelbezogener Antisemitismus ist gesellschaftlich stärker verbreitet: „So haben beispielsweise Befragte, die sich ganz links positionieren, sehr selten klassisch antisemitische Vorurteile [...], jede_r Vierte allerdings gibt an, aufgrund israelischer Politik Verständnis für die Ablehnung von Juden zu haben“ (Best et al. 2017: 179).

Die Autor*innen des Thüringen-Monitors gehen in Anbetracht der gestiegenen Zustimmungswerte davon aus, dass „eine weitere Enttabuisierung menschenfeindlicher und rassistischer Einstellungen in der Thüringer Gesellschaft stattgefunden hat“ (Reiser et al. 2019: 76). Dazu dürfte nicht zuletzt das Auftreten der AfD bundesweit und insbesondere der Thüringer Fraktion um ihren extrem rechten Fraktionsvorsitzenden Björn Höcke beigetragen haben. Zu deren politischer Agenda gehört es, die Grenze des öffentlich Sagbaren zu verschieben. Einschlägige Äußerungen von AfD-Politiker*innen im Bundestag und in den Landtagen tragen dazu bei, dass vorhandene antisemitische Ressentiments in der Bevölkerung wieder öffentlich(er) artikuliert werden. So ist Höcke wiederholt mit geschichtsrevisionistischen Äußerungen in Erscheinung getreten und hat beispielsweise Aussagen der mehrfach verurteilten Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck in Redebeiträgen verharmlost (s. bspw. Krohn 2016). Immer wieder bedient sich Höcke klassischer antisemitischer Stereotype, wenn er etwa über einen „internationalen Geldmachtkomplex mit seiner krakenhaften Machtstruktur“ (zit. nach Am Orde 2019) spricht.

Einschlägige Äußerungen von AfD-Politiker*innen im Bundestag und in den Landtagen tragen dazu bei, dass vorhandene antisemitische Ressentiments in der Bevölkerung wieder öffentlich(er) artikuliert werden.

Zuletzt zeigte sich im Kontext der Corona-Pandemie die weite Verbreitung und Anschlussfähigkeit antisemitischer Ideen. In Online-Diskussionen und bei den thüringenweit stattfindenden Protesten gegen die Corona-Schutzmaßnahmen wurden antisemitische Verschwörungsmythen verbreitet und holocaustrelativierende Äußerungen getätigt. Anhand dieser Beispiele offenbart sich, dass Antisemit*innen keineswegs nur im extrem rechten Spektrum zu verorten sind. Auch die in den Beratungsstellen eingehenden Beratungsanfragen verweisen darauf, dass die Auseinandersetzung mit antisemitischen Einstellungen in äußerst unterschiedlichen gesellschaftlichen Milieus stattfindet

² Diese Aussage wird im Thüringen-Monitor als „sekundärer Antisemitismus“ kategorisiert. Monika Schwarz-Friesel und Kolleg*innen weisen in ihren Arbeiten immer wieder auf die Schwierigkeiten dieses Begriffes hin und plädieren dafür, die Unterscheidung zwischen primärem und sekundärem Antisemitismus nicht zu nutzen, da der Begriff „sekundär“ den Eindruck suggeriere, die Artikulationsform sei zweitrangig und/oder weniger gefährlich (Schwarz-Friesel 2019: 39 ff.).

und teilweise auch innerhalb zivilgesellschaftlicher und antifaschistischer Strukturen geführt werden muss. Die antisemitischen Vorfälle im Beratungskontext finden aufgrund der Beratungsstandards von Vertraulichkeit und Anonymität oftmals keinen Eingang in die öffentlich einsehbaren Monitorings von ezra und MOBIT. Entsprechend unterscheiden sich die in den Chroniken dokumentierten Vorfälle von geschilderten Beratungsanfragen.

Die Beratungsfälle rund um das Thema Antisemitismus unterscheiden sich signifikant von anderen dokumentierten Vorfällen in den Monitorings: Beratungsanfragen betreffen häufig das private oder berufliche Umfeld.

Antisemitische Vorfälle im Monitoring der Beratungsstellen

In den Chroniken sind mehrheitlich Vorfälle verzeichnet, die durch öffentliche Quellen oder Augenzeug*innen bekannt wurden.³ Die dokumentierten Vorfälle reichen von Friedhofsschändungen über antisemitische Schmierereien, Anfeindungen auf der Straße und offener Holocaust-Leugnung bis hin zu körperlichen Übergriffen. Die Mehrzahl der Vorfälle ereignet sich im öffentlichen Raum und richtet sich häufig gegen jüdische Einrichtungen oder Gedenkort: immer wieder werden Fälle dokumentiert, bei denen Gräber auf jüdischen Friedhöfen beschädigt, zerstört oder mit extrem rechten Symbolen verunstaltet werden. Dazu kommen wiederholt Vorfälle im Umfeld der KZ-Gedenkstätten. Erst im Februar 2020 hatte ein Besucher auf dem Gelände der Gedenkstätte Mittelbau-Dora ein Päckchen mit Sprengstoff gefunden (MDR 2020). Seit Beginn der Dokumentation durch ezra und MOBIT tauchen derartige Vorfälle regelmäßig und thüringenweit in den Chroniken auf. Schon 2005 wies MOBIT in einer Broschüre auf allein fünf Schändungen jüdischer Friedhöfe im Zeitraum von 10 Monaten hin (MOBIT 2005: 7ff.).

Die Vorfälle häufen sich um den Gedenktag am 9. November: Jährlich kommt es rund um dieses Datum zu Vorfällen, die neben Sachbeschädigungen und Schändungen auch Flugblattaktionen, Störversuche von Gedenkveranstaltungen oder extrem rechte Aufmärsche und Kundgebungen umfassen. So meldete die extrem rechte Gruppierung Thügida am 9. November 2016 einen Fackelmarsch in Jena an. Auf der Demonstration sprach u. a. ein wegen Volksverhetzung vorbestrafter Holocaustleugner. 2017 führte das extrem rechte Bündnis Zukunft Landkreis Gotha eine Kundgebung vor dem Jüdischen Friedhof und dem Gedenkstein für die ehemalige Synagoge durch. Auf einem Transparent forderten sie „Schluss mit dem Schuldult“. Als integraler Bestandteil rechtsextremer Ideologie artikuliert sich Antisemitismus immer wieder im Rahmen von Demonstrationen, Kundgebungen und Konzerten.⁴ Exemplarisch steht die Attacke aus einer Demonstration der AfD in Jena im Jahr 2017, als aus den Reihen der AfD-Demo gegenüber Gegendemonstrant*innen das Lied „Wir bauen eine U-Bahn bis nach Auschwitz“ angestimmt wurde. Auch bei den thüringenweit

³ Die Chronik von ezra findet sich hier: <https://ezra.de/chronik/>, die Chronik von MOBIT hier: <https://mobit.org/chronik-extrem-rechter-aktivitaeten-in-thueringen/>.

⁴ Thüringen zählt seit Jahren zu den bundesweiten Hotspots der extrem rechten Musikszene: Auch auf den regelmäßig stattfindenden RechtsRock-Konzerten wird in Symbolik und Liedtexten Antisemitismus transportiert und vermittelt, vgl. ausführlicher zur Bedeutung extrem rechter Musik in Thüringen: MOBIT 2017.

stattfindenden Protesten gegen die Corona-Schutzmaßnahmen kam es mehrfach zu antisemitischen Vorfällen. Insbesondere bei geschichtsrevisionistischen und holocaustrelativierenden Vorfällen zeigen sich inhaltliche Überschneidungen von der organisierten Neonazi-Szene über sogenannte Reichsbürger*innen bis zur AfD und verschwörungsideologischen Akteur*innen.

Antisemitismus im Beratungskontext

Die Beratungsfälle rund um das Thema Antisemitismus unterscheiden sich signifikant von den dokumentierten Vorfällen in den Monitorings. Oftmals sind die Orte weniger öffentlich: Beratungsanfragen betreffen häufig das private oder berufliche Umfeld. Während bei den Vorfällen in den Chroniken oftmals rechtsextreme Täter*innen in Erscheinung treten oder die Taten auf gefestigte extrem rechte Ideologie hindeuten, beschäftigen sich Beratungsanfragen häufiger mit Vorfällen mit nicht rechten Jugendlichen und Erwachsenen und teilweise auch Personen oder Gruppen, die sich selbst politisch links verorten. Vereinzelt Beratungsanfragen beziehen sich auf antisemitische Äußerungen von Geflüchteten.

In Bündnissen und Initiativen, die sich gegen die extreme Rechte in Thüringen engagieren, kam es in den vergangenen Jahren immer wieder zu Debatten um die Beteiligung von Personen und Gruppen, die sich auf Verschwörungsmythen beziehen oder sich israelfeindlich äußern. Öffentlich thematisierte beispielsweise der Vorbereitungskreis des antifaschistischen und antirassistischen Ratschlags diese Auseinandersetzung im November 2018. Konkret ging es in diesem Fall um die Beteiligung der Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands an der Vorbereitung der seit 1991 jährlich stattfindenden Veranstaltung. Das Bündnis begründete den Ausschluss der Partei u. a. mit deren antisemitischen Inhalten (Ratschlag 2018).

Daneben wenden sich vereinzelt auch Personen an die Beratungsstellen, die in ihrem privaten Wohnumfeld oder auf der Straße antisemitisch angefeindet, bedroht oder attackiert werden. Die Fallzahlen sind hierbei vergleichsweise gering. Das könnte, neben der Hemmschwelle, derartige Fälle gegenüber Dritten zu thematisieren, auch daran liegen, dass die zivilgesellschaftlichen Unterstützungsangebote Betroffenen nicht bekannt sind.⁵ In den vergangenen Jahren hat sich zudem abgezeichnet, dass Online-Medien und soziale Netzwerke immer stärker an Bedeutung für die Artikulation und Verbreitung antisemitischer Inhalte gewinnen (Schwarz-Friesel 2019: 16). Dies zeigt sich auch in Beratungsanfragen, die sich gehäuft auf die Verbreitung antisemitischer Inhalte per Chat oder in sozialen Netzwerken beziehen. Insbesondere bei Fortbildungen und Beratungen an Schulen werden Vorfälle wie antisemitische Beleidigungen und Witze

Bei Fortbildungen und Beratungen an Schulen in Thüringen werden antisemitische Beleidigungen und Witze von Schüler*innen untereinander, aber auch gegenüber dem Lehrpersonal geschildert.

⁵ Bei einer Befragung der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus in Brandenburg gab die große Mehrheit der Befragten an, die vorhandenen Beratungsangebote nicht zu kennen (VDK e. V. 2019: 32ff.). Inwieweit diese Ergebnisse für Thüringen übertragbar sind, kann nur vermutet werden, da bisher keine vergleichbare Befragung vorliegt.

von Schüler*innen untereinander, aber auch gegenüber dem Lehrpersonal geschildert. Vereinzelt berichteten Lehrkräfte Vorfälle, bei denen sich Schüler*innen holocaustrelativierend äußerten.

„Entweder geht man kaputt daran oder man kämpft“ – eine Fallanalyse im schulischen Kontext

Für die Fallanalyse wurde ein Fall ausgewählt, der das Thema Antisemitismus und Schule aus einer bisher weniger öffentlichen Perspektive beleuchtet. In den meisten Fällen sind jüdische oder nichtjüdische Schüler*innen durch den Antisemitismus ihrer Mitschüler*innen oder Schulmitarbeiter*innen betroffen. Im Beispiel ist ein nichtjüdischer Lehrer an einer Thüringer Schule mit Antisemitismus von Schüler*innen betroffen. Zusätzlich ist er mit einer Institution konfrontiert, die im Umgang mit Antisemitismus und einer angemessenen Betroffenenperspektive strukturell überfordert ist. Daraus ergeben sich für den vorliegenden Einzelfall folgende Fragen:

1. Wie sind Thüringer Lehrer*innen auf das Thema Antisemitismus vorbereitet?
2. Welche Unterstützungsmaßnahmen bieten Thüringer Schulen für ihre Mitarbeiter*innen an, insbesondere dann, wenn diese selbst von Antisemitismus im Schuldienst betroffen sind?

Um den Fall methodisch aufzuarbeiten, wurde mit dem Betroffenen ein leitfadengestütztes Interview durchgeführt, das als qualitative Quelle für diesen Beitrag dient. Zudem ist der Betroffene seit Anfang 2019 in Beratung bei ezra, so dass über die lange Beratungs- und Begleitungszeit hinreichend Wissen über den Vorfall und seinen weiteren Verlauf vorhanden ist.

Fallbeschreibung

Thomas P. ist seit über 30 Jahren im staatlichen Schuldienst in Thüringen tätig, hat verschiedene Fächer unterrichtet und übt den Beruf des Lehrers mit Freude aus. Durch seine sportliche Freizeitaktivität im Bereich Selbstverteidigung war er bereits in Israel und hat dort Freundschaften geschlossen, was ihn nachhaltig geprägt hat. Außerdem interessiert er sich als Nichtjude auch spirituell für die jüdische Religion und befasst sich intensiv mit dem Thema Antisemitismus. Er berichtet, dass es in seiner Schule hin und wieder Vorfälle mit Hakenkreuz-Schmierereien an Tischen, Stühlen oder im Treppenhaus gab. Als er nach einer längeren Krankheit 2016 wieder in die Schule kam, stellte er jedoch eine neue Dimension fest. Demnach waren Äußerungen wie „Jude“ oder „Du Judensau“ gängige Beleidigungen, vor allem von rechtsorientierten Schüler*innen. Seine sportliche Aktivität war durch Kursangebote in der Schule sowie über die Internetpräsenz seines Sportvereins auch den Schüler*innen bekannt, worauf einige ihm gegenüber antisemitisch reagierten. Er wurde provokant gefragt, warum er in Sozialen Medien „Judenzeug“ teile oder warum auf

Im Sportunterricht einer 7. Klasse kam es 2019 zu einem Vorfall, der den Betroffenen bis heute beschäftigt. Mehrere Schüler*innen skandierten vier bis fünf Mal hintereinander „Juden ins Gas“.

seiner Website ein „Judenstern“ zu sehen ist. Im Sportunterricht einer 7. Klasse kam es Anfang 2019 zu einem Vorfall, der ihn bis heute beschäftigt. Mehrere Schüler*innen skandierten vier bis fünf Mal hintereinander „Juden ins Gas“. Er informierte den zuständigen Klassenlehrer und die Schulleitung.

Institutionelle sekundäre Viktimisierung

Von der Schulleitung bekam Thomas P. die Antwort, dass man sich darum kümmern werde. Als er nach einer Woche feststellen musste, dass es für den Schüler offensichtlich keine Konsequenzen gab, wendete er sich an das zuständige Schulamt. Dort war die Reaktion ähnlich. Unterdessen bemerkte Thomas P., dass er den Vorfall in der Sporthalle psychisch nicht verarbeiten konnte. Er hatte seitdem verschiedene Symptome wie Schlafstörungen bis hin zu Angst, wieder in die Schule zu gehen und neuen Anfeindungen oder Bagatellisierungen der Schulleitung ausgesetzt zu sein:

„ *Man hat sich das angehört, hat gesagt: wir werden uns kümmern. Aber es wurde überhaupt nicht hinterfragt oder überhaupt ne Hilfestellung gegeben. Auch keine Information, wo ich mich hinwenden könnte.* “

Es gab ein klärendes Gespräch mit der Schulleitung, da sich ein Bekannter in einer E-Mail an die Schule über den Vorfall erkundigen wollte. Diesbezüglich machte ihm die Schulleitung den Vorwurf, ein „Dienstgeheimnis“ preisgegeben zu haben. Er fühlte sich als Betroffener in die Täterrolle gedrängt und brach das Gespräch ab. Belastend und ohnmächtig empfand er nicht nur seine eigene Situation, sondern auch die Erfahrungen von Schüler*innen, die von rechten Mitschüler*innen weiterhin als „Zecken“ beschimpft, bedroht und gemobbt wurden. Sein psychischer Gesundheitszustand verschlechterte sich weiter und er musste in den Krankenstand. Durch eigene Internetrecherche stieß er auf die Opferberatung ezra, bei der er seitdem in Beratung ist. Später erfuhr Thomas P., dass mit einer 9. Klasse ein Besuch in der Gedenkstätte Buchenwald stattfand, der ohnehin geplant war, und Gespräche im Geschichtsunterricht über den Holocaust geführt wurden. Damit sah die Schulleitung ihre Verantwortung offenbar als erledigt an. Thomas P. äußert sich dazu enttäuscht: „Und das war halt diese Aufarbeitung des ‚Juden ins Gas‘-Vorfalls in der Sporthalle.“

Reflexionen aus der Betroffenenperspektive

Für Thomas P. werden aus den eigenen Erfahrungen institutionelle Leerstellen sichtbar, für die er Anregungen für den schulpädagogischen Arbeitsalltag formuliert:

„ *Das geht halt los, wenn Kinder ‚Du Jude!‘ sagen auf dem Schulhof. Da würde ich schon hellhörig werden und hinterfragen, warum sagt der das jetzt, ja.* “

Außerdem müsse es einen offenen Raum geben, das Thema Antisemitismus anzusprechen:

„ *Auch die Schüler ermutigen, und auch Kollegen, die betroffen sind, ermutigen, offen darüber zu reden. Viele trauen sich nicht, darüber zu reden und sagen: Okay, es ändert sich ja sowieso nichts, lassen wir es laufen. [...] Das ist aber der falsche Weg.* “

Das setzt natürlich entsprechende institutionelle Rahmenbedingungen voraus, insbesondere muss ein Vertrauensverhältnis der Betroffenen gegenüber der verantwortlichen Schulleitung gewährleistet sein.

Eine weitere Überlegung bezieht sich auf einen möglichen Handlungsleitfaden zur besseren Orientierung für die Kolleg*innen. „Da gibt es den sogenannten Giftnotruf – eine Handlungsabfolge, wenn Kinder sich verletzt haben. Aber es gibt keine Handlungsabfolge, was passiert bei Antisemitismus.“ Hinzu kommt die scheinbar mangelnde Informationspolitik für externe Unterstützungsangebote:

” *Wenn ich das weiß, [...], kann sagen: ok, das, das und das. Der und der Fall. Ich kann mich an ezra wenden. Ich kann mich an MOBIT wenden. [...] So was fehlt!* “

Zum Thema Fort- bzw. Weiterbildung berichtet Thomas P., er oder seine Kolleg*innen hätten keine Angebote bekommen. Die Angebote und finanziellen Mittel dafür seien zwar vorhanden, würden aber aufgrund bürokratischer Hürden oftmals von den Schulleitungen nicht abgerufen. Ferner kritisiert Thomas P. die eindimensionale Auseinandersetzung mit dem Judentum im Schulunterricht.

” *Wenn man von Juden redet in der Bildung, redet man immer über die toten Juden. Man redet über die Shoah. Das ist alles gut und alles richtig und wichtig. Aber man redet nicht über die Juden in Israel heute.* “

Antisemitismus im Schulalltag als spezifische Herausforderung

Anhand des Falls von Thomas P. lassen sich im Hinblick auf die beiden Eingangsfragen einige Perspektiven herausarbeiten. Nach der Erfahrung des Betroffenen gibt es kaum pädagogische Strategien, um sich mit Antisemitismus angemessen auseinanderzusetzen. Das betrifft zunächst den Wissensstand der Schulmitarbeiter*innen, der durch themenbezogene Fortbildungsangebote kompensiert werden kann. Sowohl pädagogische Maßnahmen zur Prävention als auch zur Intervention haben vor oder nach dem Vorfall in der Sporthalle keine nennenswerte Bedeutung gespielt. Historisch-politische Ansätze wie Gedenkstättenbesuche oder die Thematisierung des Holocaust im Unterricht können zwar ein Zugang zum Thema sein, sind aber aus Erkenntnissen pädagogischer Forschung als eindimensionaler Lösungsansatz wenig wirkungsvoll – besonders dann, wenn Schüler*innen als Zielgruppe fokussiert werden, die bereits durch antisemitische Äußerungen aufgefallen sind. Hierbei zeigt sich deutlich, dass Informationen über antisemitismuskritische Bildungsarbeit und ihre Methoden fehlen, um die Erscheinungsformen des aktuellen Antisemitismus selbstreflexiv zu beleuchten. Analog verhält es sich bei externen Angeboten für rechtsorientierte Schüler*innen. Diese hätten frühzeitig beratend für die Schule tätig werden können. Hier muss die Rolle übergeordneter Schulbehörden im

Die Fallanalyse zeigt: Es fehlen Informationen über antisemitismuskritische Bildungsarbeit und ihre Methoden an Thüringer Schulen, um die Erscheinungsformen des aktuellen Antisemitismus selbstreflexiv zu beleuchten.

Hinblick auf Informationsweitergabe und Aufsichtspflicht kritisch hinterfragt werden. Thomas P. hat sich nach dem Vorfall verantwortungsbewusst verhalten und nach vorgeschriebenem Dienstweg die Schulleitung informiert, die nicht in der Lage war, sich mit seiner Situation und seiner Perspektive zu befassen. Die Gründe dafür können vielfältig sein und müssen nicht zwangsläufig mit einer thematisch ablehnenden Haltung einhergehen. Den Verantwortlichen muss aber klar sein, dass ihr Verhalten zu einer sekundären Viktimisierung bei Betroffenen führen kann. Der Gesundheitszustand von Thomas P. verschlechterte sich entscheidend, weil er sich und das Anliegen nicht ernstgenommen sah. Wenn Schulmitarbeiter*innen sich nicht auf die Unterstützung der verantwortlichen Leitungsebenen verlassen können, dann ist die Bekämpfung von Antisemitismus im schulischen Kontext zum Scheitern verurteilt. Auch hier müssen sich übergeordnete Behörden die Frage stellen, warum im vorliegenden Fall entsprechende Strukturen und Angebote als Fürsorge für den betroffenen Mitarbeiter nicht zur Verfügung gestellt wurden. Dazu gehören auch Informationen über externe Beratungsmöglichkeiten, wie sie ezra und MOBIT in Thüringen zur Verfügung stellen.

Abschließend drängt sich die Frage auf, wie sich die Erfahrungen von Thomas P. mit dem Thüringer Schulbetrieb insgesamt vergleichen lassen. Unsere Einzelfallanalyse kann lediglich als Stichprobe zu weiteren Untersuchungen im Themenfeld anregen. Anhand der Fallanalyse wird deutlich: Die bestehenden zivilgesellschaftlichen Beratungsangebote waren dem Betroffenen nicht bekannt, auch zuständige Stellen haben nicht an die Projekte verwiesen. Die (im Verhältnis zu den behördlich erfassten antisemitischen Straftaten) geringe Anzahl von Beratungsanfragen deutet darauf hin, dass Betroffene von Antisemitismus sich nur selten an Beratungsprojekte wenden. Eine Befragung von Betroffenen – ähnlich wie in Brandenburg (Feldmann/Steinitz 2019) – könnte folglich wichtige Aufschlüsse geben.

**Anhand der Fallanalyse wird deutlich:
Die bestehenden zivilgesellschaftlichen
Beratungsangebote waren dem Betroffenen
nicht bekannt, auch zuständige Stellen
haben nicht an die Projekte verwiesen.**

Robert Friedrich ist seit 2011 Berater bei ezra, der Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen (<https://ezra.de/>).

Christoph Lammert ist seit 2015 Berater bei MOBIT. Die Mobile Beratung in Thüringen. Für Demokratie – Gegen Rechtsextremismus berät und unterstützt alle, die sich in Thüringen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus und für demokratische Werte engagieren wollen (<https://mobit.org>).

Literatur

- Am Orde, Sabine (2019): Rechtsextremismusforscher über Höcke: „Er ist kein eigenständiger Denker“. Online: <https://taz.de/Rechtsextremismusforscher-ueber-Hoecke/!5634096/> [20.07.2020].
- Best, Heinrich/Niehoff, Steffen/Salheiser, Axel/Vogel, Lars (2017): Thüringens ambivalente Mitte: Soziale Lagen und politische Einstellungen – Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS 2017. Online: https://www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/literatur/th%C3%BCrigen-monitor_2017_mit_anhang.pdf [20.07.2020].
- Feldmann, Dorina/Steinitz, Benjamin (2019): Problembeschreibung – Antisemitismus in Brandenburg. Online: https://report-antisemitism.de/documents/2019-08-15_rias-bund_Problembeschreibung-Antisemitismus-in-Brandenburg.pdf [20.07.2020].
- Geisler, Astrid (2000): Anschlag auf Synagoge in Erfurt. Online: <https://taz.de/11236788/> [20.07.2020].
- Junker, Monique/Kendzia, Ludwig (2020): 20 Jahre Synagogen-Anschlag von Erfurt – 1.000 antisemitische Straftaten seit 2001 in Thüringen erfasst. Online: <https://www.mdr.de/thueringen/mitte-west-thueringen/erfurt/antisemitismus-zwanzig-jahre-anschlag-synagoge-erfurt-100.html> [20.07.2020].
- Krohn, Knut (2016): Die AfD und der rechte Rand - Höcke verteidigt Holocaust-Leugnerin. Online: <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.die-afd-und-der-rechte-rand-hoecke-verteidigt-holocaust-leugnerin.97283d1c-e65a-4343-8f11-692df6bd50a4.html> [20.07.2020].
- MDR (2020): Sprengstoff in Thüringer KZ-Gedenkstätte gefunden. Online: <https://www.mdr.de/thueringen/nord-thueringen/nordhausen/mittelbau-dora-kz-gedenkstaette-sprengstoff-staatsschutz-100.html> [20.07.2020].
- MOBIT (2017): Hass & Kommerz – RechtsRock in Thüringen. Erfurt.
- MOBIT (2005): Gemeinsam gegen Antisemitismus in Thüringen – Eine Projektdokumentation. Erfurt.
- Ratschlag (2018): Facebookpost vom 27.11.2018. Online: <https://www.facebook.com/RatschlagThueringen> [20.07.2020].
- Reiser, Marion/Best, Heinrich/Salheiser, Axel/Fürnberg, Ossip/Hebenstreit, Jörg/Vogel, Lars (2019): Gesundheit und Pflege in Thüringen – Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS 2019. Online: <https://www.landesregierung-thueringen.de/regierung/th-monitor/> [20.07.2020].
- Röhlig, Marc (2020): Immer wieder der Osten: Warum gibt es ausgerechnet hier so viel Corona-Wut? Online: <https://www.bento.de/politik/coronavirus-demonstrationen-in-gera-und-greiz-warum-eskaliert-ausgerechnet-hier-die-corona-wut-a-5e907325-8258-4b1a-87b5-96802f3fe7d3> [20.07.2020].
- Schramm, Reinhard (2020): Video-Statement zum 20. Jahrestag des Brandanschlages auf die Erfurter Synagoge. Online: <https://ezra.de/brandanschlag-gedenken> [20.07.2020].
- Schwarz-Friesel, Monika (2019): Judenhass im Internet. Hentrich & Hentrich Verlag: Leipzig.
- Thüringer Landtag (2018): Drucksache 6/5728 – Kleine Anfrage der Abgeordneten König-Preuss (DIE LINKE) und Antwort des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales – Antisemitismus-Definition der Thüringer Polizei. Erfurt.

**„DIE GERINGE
ANZAHL VON
BERATUNGSANFRAGEN
DEUTET DARAUF HIN,
DASS BETROFFENE
VON ANTISEMITISMUS
SICH NUR SELTEN AN
BERATUNGSPROJEKTE
WENDEN.“**



ROBERT FRIEDRICH & CHRISTOPH LAMMERT